

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Dringergelohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 33

Sonntag, den 13. August

1916

Zur „Neuorientierung“.

Ueber die „Neuorientierung der inneren Politik“ wird es immer stiller, wenigstens wird nicht mehr so viel Gewicht darauf gelegt, als zu der Zeit, wo das Wort von dem damaligen Staatssekretär Dr. Delbrück geprägt wurde. Wird aber die Frage ja einmal einer Betrachtung in der öfentlichen Presse unterzogen, dann kann man sicher sein, daß sich die Reaktionen ihrer bemächtigen, um den Begriff „Neuorientierung“ in das gerade Gegenteil zu verkehren. Dann wird jede Reformabsicht in der dreifachsten Weise bekämpft.

Die Reaktionen rechnen dabei mit der geschichtlichen Erfahrung, daß nach fast jedem Kriege reaktionäre Bestrebungen einen günstigeren Boden fanden. Ob es auch diesmal wieder so sein wird, wollen wir hier nicht erörtern, jedenfalls sind die Gegner zeitgemäßer Reformen an der Arbeit, sie zu vereiteln. Belege dafür kann man überall finden. Recht drastisch kommt aber das Bemühen zum Ausdruck in einem Flugblatt (Zirkular), das sächsische Konservative verschicken. Da heißt es u. a.: „Der große Weltkrieg hat den unumstößlichen Beweis erbracht, wie richtig die konservative Weltanschauung ist, wie sich die Grundsätze der konservativen Partei bewährt haben.“ und im Anschluß daran wird weiter ausgeführt: „Jetzt gilt es, den durch unser Volk gehenden konservativen Zug zu erhalten und auszubauen.“ „Gegen den Ansturm demokratischer Verheerung“ müsse vorgegangen werden, besonders wegen der „trüben Ausichten im Innern“.

Und worin erblicken sie die „trüben Ausichten im Innern“? In der Aenderung des Reichsvereinsgesetzes. Es heißt da: „Durch Aenderung des Reichsvereinsgesetzes sollen die sozialdemokratischen Gewerkschaften von jeder Fessel befreit und soll ihnen sogar die Jugend unter 18 Jahren ausgeliefert werden.“

Schon in der Aenderung des Reichsvereinsgesetzes erblicken sie den Beginn der „Neuorientierung der inneren Politik“ und eifern heftig dagegen. Wir sehen darin ein Anzeichen, wie sie die wachsende Bedeutung der Gewerkschaften und ihren Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Besorgnis verfolgen. Sie werden darum alles tun, die Bewegung nach dem Kriege zu hemmen.

Es scheint, als ob diese reaktionären Bestrebungen jedoch auch in anderen Arbeiterkreisen erkannt werden, als denen der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“. So enthält ein Artikel des Organs des „Zentralverbandes christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter“, der Nr. 14 der „Gewerkschaftsstimme“ folgende bemerkenswerte Stellen:

„Kaum hatte die Reichsregierung von einer Neuorientierung in der inneren Politik gesprochen, da häuften sich auf die Feinde der Gleichberechtigung der Arbeiterstände mit anderen Ständen und offenbarten ihr arbeiterfeindliches Herz. Dem Reichstanzler wurden allerhand Schwierigkeiten gemacht. Wie es sich zeigt, wird sogar die neue Ernte dazu benutzt, um die Reichsleitung vor möglichst viel innere Schwierigkeiten zu stellen. Das Volk soll wohl opfern und kämpfen, aber nichts zu sagen haben.“

Die Arbeitgeberverbände rufen mit Macht, um nach dem Kriege herrschen zu können. Man rechnet auf die großen Ausgaben und die verminderten Einnahmen der Gewerkschaften. Die Industrie heimt dagegen große Gewinne ein und steht somit einer Füllung der Arbeitgeberverbandskasse nichts im Wege. Der Hunger nach Profit und Reichtum ist auch nach dem Kriege bei dem Bestehenden kaum zu stillen.“

Die sonderbarsten Erfahrungen macht man auch sonst im bürgerlichen Leben. Der Geldsack herrscht überall. Ringen müssen wir um jedes Zugeständnis. Was anderen Ständen recht ist, soll dem Arbeiterstande nicht billig sein. Von Mitbestimmung, Gleichberechtigung wollen weite Kreise nichts wissen. Zahlreiche Erfahrungen könnten gesammelt werden in der Schule, im Rechtsleben, bei der Warenverteilung, bei Wahlen usw.“

Wenn die gleiche Sprache auch nicht in anderen christlichen Blättern geführt wird, so ist es doch beachtenswert, wenn in einzelnen gelegentlich der Unwille über die reaktionären Bestrebungen zur Zurückdrängung und Niederhaltung der Arbeiter durchbricht. Dieser Unwille ist weiter verbreitet, als an der Oberfläche des öfentlichen Lebens bekannt ist. Wir schätzen ihn als die Triebkraft, die sich nach dem Kriege den reaktionären Mächten entgegenstemmen wird. Wie das geschehen wird, das muß sich finden, wenn die Arbeiterklasse die Regierung an ihre Verpflichtungen erinnern wird.

Auf wirtschaftlichem Gebiete setzt die alte Methode, die Arbeiter wirtschaftlich niederzuhalten, jetzt schon wieder ein. Die Fälle mehren sich in verschiedenen Industrien, wo die Arbeiter zur Minderung der Leuerungsstärkung Lohnzulagen verlangen, daß die Unternehmer es auf harte Kämpfe ankommen lassen, ja, es werden sogar Lohnherabsetzungen versucht. Das sind böse Vorzeichen der wirtschaftlichen Kämpfe, die nach dem Kriege kommen werden. Rechnen dabei die Unternehmer auf die durch den Krieg geschwächten Gewerkschaften, wie es in jenem christlichen Blatte angedeutet wird. Dann müssen die Arbeiter

in verdoppeltem Maße für die Stärkung ihrer Organisationen wirken. Das nur würde bestätigen, daß die Arbeiter die nötige Erfahrung und Einsicht aus der Kriegszeit gewonnen hätten. Hängt es doch nur von der Einsicht und dem energischen Willen der Arbeiter ab, wie ihre Lage sich gestaltet.

Gesellschaftliche Erleichterungen vermögen wohl der Arbeiterschaft größeren Spielraum für ihre Bestrebungen zu verschaffen, aber die Feindschaft ihrer Gegner hat es stets verstanden, unter geschickter Umgehung der Gesetze den Arbeitern Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Demgegenüber bedarf es doppelter Bemühung, den Gesetzen sowohl, wie den Ansprüchen der Arbeiter Geltung zu verschaffen.

Folgen wir also allen Treibereien gegen die „Neuorientierung“ auf Schritt und Tritt; dann werden wir nicht von unliebsamen Vorgängen überrascht werden. Den Gegner kennen, seine Absichten durchschauen, nötigt, sich auf den Kampf mit ihm vorzubereiten. Und die rechte Vorbereitung ist schon der halbe Sieg.

Hochhaltung oder Erhöhung der Löhne?

Eine finanzielle und wirtschaftliche Schönfärberei der deutschen Verhältnisse betreibt das „Leipziger Tageblatt“ vom 1. August. In seiner „Handelszeitung“ stimmt es einer Schätzung Steinmann-Bucher's über das deutsche Nationalvermögen zu, der es auf circa 400 Milliarden Mark beziffert. Währlich erfahre es noch einen Zuwachs von 14 Milliarden Mark. Interessant sei die Feststellung insofern, als damit auch feststehe, daß „bisher nur 40 Milliarden, also nur der zehnte Teil des deutschen Vermögens in Kriegswerten, in der Kriegsanleihe, angelegt worden ist.“

Dann aber geht das Blatt zu wirtschaftlichen Betrachtungen über, die für die Arbeiter deshalb besonders interessant sind, als ihre Lage ziemlich richtig geschildert wird. Wir drücken daher diesen Teil hier ab zum besseren Verständnis der Absichten und Absichten, die in bürgerlichen Kreisen gehegt werden. Das Blatt schreibt:

„Von Wichtigkeit ist auch ferner, daß während der zwei Kriegsjahre ein verhältnismäßig nur recht geringer Bruchteil deutschen Geldes ins Ausland geflossen ist, der Außenhandel zwar zum Teil beschränkt, zum Teil aus natürlichen Ursachen unterbunden, zum Teil wurde er auch aus kluger Vorsicht durch die Regierung nach Möglichkeit eingedämmt. Die Folge dieser starken Geldanhäufung ist gegenwärtig — wenn man so sagen darf — ein Ueberfluß an Geld und dieser Ueberfluß wird zweifellos, bald nach Friedensschluß, sobald wiederum normale Verhältnisse hergestellt sind, Betätigung suchen. Man hat demzufolge für die Zukunft mit einer gewaltigen Entwicklung zu rechnen, Handel und Industrie werden in schnellem Tempo das Verfallene nachholen wollen und nachholen müssen, und das Geld, das bisher müßig gegangen ist, wird Beschäftigung suchen. Was aber auch in den Bereich der Betrachtungen zu ziehen ist, ist in Verbindung mit all diesen vorauszu sehenden Erscheinungen, der Umstand, daß Gehälter und Arbeitslöhne wohl noch beträchtliche Zeit auf ihrer jetzigen Höhe stehen bleiben dürften. Die gegenwärtige Leuerung der Lebenshaltung, die in erster Linie durch die Knappheit der Nahrungsmittel und durch die Knappheit so vieler Industrieerzeugnisse hervorgerufen wird, kann nicht so bald verschwinden. An Arbeitskräften wird auch in den ersten Jahren nach Friedensschluß lebhafter Bedarf und regste Nachfrage bestehen, und da doch immerhin auch die Menschenverluste sowie bei den Invaliden die verminderte Arbeitsfähigkeit eine Rolle spielt, so wird der Arbeiter die Löhne hoch halten, ebenso der Privatangestellte. Nur Optimisten, die geflissentlich den Sachverhalt nicht überschauen wollen, können glauben, daß mit Rückkehr des Friedens sogleich eine Fülle von Lebensmitteln auf dem Markte erscheinen wird. Man soll nicht vergessen, daß es lange Zeit braucht, bis die nur mangelhaft bearbeiteten Felder wiederum instand kommen, bis der Anfall an Vieh gedeckt ist und bis die zahlreichen vernichteten Werte eine Erneuerung erfahren haben. Dies betrifft nicht etwa nur Deutschland, nein, in noch verstärktem Maße und ganz besonders auch Rußland, von dort her aber sind früher die bedeutendsten Mengen an Naturprodukten nach Deutschland eingeführt worden.“

Die Ansicht, daß die gegenwärtige Leuerung nicht so bald verschwinden wird, teilen wir, nur weichen wir insofern von der des Blattes ab, als wir meinen, daß die Leuerung verschwinden könnte, wenn nicht die ganze Kapitalistenklasse wegen der profitversprechenden hohen Preise an dem Fortbestehen der Leuerung festhalten würde. Mit dem Argument über die „Knappheit der Nahrungsmittel“ ist nämlich die Leuerung und sind die künstlich hoch geschraubten Preise nicht gerechtfertigt. Die Leuerung wird nur erklärlich dadurch, daß die Inhaber der Lebensmittel die Knappheit zur Steigerung der Preise auszunutzen, um höheren Profit zu erzielen. Maßlos, bis

zu unerhörten Wucherpreisen wird die Steigerung betrieben. Und wenn auch die Leuerung nicht mit dem Kriegsschluß aufhört, so werden doch die schlimmsten Wucherpreise für eine Reihe von Lebensmitteln verschwinden müssen, wenn ein regulärer Bezug aus anderen Ländern, z. B. aus den neutralen, wieder möglich ist.

Besteht jedoch die Leuerung der Lebenshaltung weiter, so werden die Gehälter und Arbeitslöhne nicht „beträchtliche Zeit auf ihrer jetzigen Höhe stehen bleiben“, sondern sie werden erhöht werden müssen, weil sie in viel zu niedrigem Verhältnis zur Höhe der übermäßig hinaufgeschraubten Lebensmittelpreise stehen.

In Unternehmerkreisen ist freilich die Ansicht schon off laut geworden, daß die Löhne nach dem Kriege wieder herabgesetzt würden. Die Absicht mag ernstlich bestehen, aber ob sie durchführbar ist, das steht auf einem anderen Blatt. Kein vernünftiger Mensch kann glauben, die Arbeiter würden sich das ohne weiteres gefallen lassen. Vielmehr werden sie als die meist Geschädigten Anspruch erheben, die Schädigung durch höhere Löhne auszugleichen. Und da sie die Absicht der Lohnherabdrückung kennen, zum Teil sogar jetzt schon gegen Lohnrückdrückung ankämpfen müssen, so werden sie sich auf den Kampf um die Löhne vor sorglich vorbereiten.

Wächst jährlich das deutsche Nationalvermögen um circa 14 Milliarden Mark, so haben doch wohl auch die Arbeiter Anspruch darauf. Durch ihre Arbeit ist nur diese Vermögenssteigerung möglich, gleichwohl befindet sich in ihren Händen davon nichts. Das ist der kleine Unterschied, daß andere einheimischen, was die Arbeiter schaffen. Unter dem kapitalistischen Lohnsystem wird auch stets der Löwenanteil am Nationalvermögen in den Händen der besitzenden Klassen bleiben. Weil das die Arbeiter wissen, streben sie darnach, daß das Nationalvermögen einst allen, nicht nur Wenigen zugehört. Inzwischen sind sie so bescheiden, für ihre Arbeit einen höheren Ertrag in Gestalt höherer Löhne zu fordern, damit sie sich eine bessere Lebenshaltung verschaffen können.

Leuerung bedeutet für die Arbeiter Herabsetzung der Lebenshaltung, bedeutet Not. Kein Mensch kann ihnen verargen, wenn sie sich an der richtigen Stelle gegen diese Not wehren. Höhere Preise für alle zum Leben notwendigen Waren erfordern höhere Löhne, wenn der Lebensstandpunkt der gleiche bleiben, wenn die Lebenshaltung der Arbeiter nicht herabgedrückt werden soll. Um die Notwendigkeit dieses Ausgleichs kommen die Arbeiter nicht herum. Über auch das Unternehmertum kann sich ihm auf die Dauer nicht entgegenstellen. So lange es das aber tut, gibt's Kampf um dieses elementarste Recht der Arbeiter, das Recht der Forderung höherer Löhne.

Ob die „Geldanhäufung“ zu einer „gewaltigen Entwicklung“ bald nach dem Kriege führen wird, ob „Handel und Industrie im schnellen Tempo das Verfallene nachholen“ werden, d. h. in schnellem Aufblühen neue Gewinne zu machen gedenken, über diese zukünftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen und keine Prophezeiung ins Blaue aussprechen. Vorläufig bilden wir etwas vorsichtiger, wenn man will, pessimistischer in die Zukunft. Erst der Friedensschluß wird uns gestatten, die Entwicklungsmöglichkeiten für das deutsche Wirtschaftsleben näher ins Auge zu fassen.

Denkt ihr daran?

In Deutschland sind etwa 200 000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt. Eine stattliche Zahl. Abgesehen von einigen Gegenden des Vaterlandes sind sie überall verteilt; hier schaffen weniger, dort mehr, und oftmals sitzen sie in Orten und Gegenden so dicht zusammen, daß sie mit ihren Familien die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Man sagt zwar, daß dort, wo viele Industriearbeiter und -arbeiterinnen beisammen sind, die Aufklärung sich besser ermöglichen läßt und die Leute leichter für die Gewerkschaften zu gewinnen sind. Bei uns trifft es nicht immer zu, denn stellenweise, wo die Tabakarbeiter manchmal zu Tausenden dicht bei einander sind, ist das Organisationsverhältnis recht schlecht, oder hat kaum noch Eingang gefunden. Und gerade in solchen Gegenden ist die Organisation dringend nötig, denn wir finden dort gewöhnlich die billigsten Arbeitslöhne. Denkt deshalb daran, diese Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zu organisieren!

Andererseits ist die Tabakindustrie wiederum nicht wie andere Industrien zentralisiert in der Weise, daß sich Riesenbetriebe gebildet haben. Wohl haben wir Firmen, die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen, die aber nicht in einem Orte sind, sondern in Familien in einer ganzen Reihe von Städten und Dörfern. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können sich ohne Weiteres gar nicht verständigen, sie werden deshalb gegeneinander ausgespielt als Lohnrückdrücker, obwohl sie doch ein sehr wichtiges Interesse daran haben, sich gegenseitig beizustehen. Wenn diese Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aber zu ge-

21, Viehbach 17, Dietesheim 16, Mainz 13, Pfungstadt 12, Klein Steinheim 8, Lampertshausen 7, Hanau 4, Malsfeld 2, Offenbach 1; im Ganzen 1072. Die hier fehlenden Orte mögen sich ein Beispiel daran nehmen!

Und Ihr neu eingetretene Mitglieder, haltet jederzeit treu zur Organisation! Denn dieselbe wird nicht nur zeitweise, sondern immer gebraucht, sie ist eure einzige Waffe gegen Ausbeutung, Verdrängung und schlechte Behandlung.

Die Gauleitung.

Der Tabakverbrauch in Deutschland.

Aus amtlicher Statistik ergibt sich, daß im Jahre 1913 auf den Kopf der Bevölkerung 1,54 kg Tabak kommen, d. h. also jährlich kamen auf eine Person in Deutschland etwa 3 Pfund Tabak. Das ist eine hübsche Menge. Sie entspricht auch ungefähr dem zehnjährigen Durchschnitt von 1904 bis 1913. Früher war der Tabakverbrauch zeitweise viel stärker. So belief er sich im Jahre 1878 auf 2,73 kg auf den Kopf und 1877 um 2,22 kg. Am geringsten war er im Jahre 1879. Damals betrug er nur 0,75 kg. Im Jahre 1913 wurden 1 043 938 Doppelzentner Rohtabak in Deutschland verarbeitet. Davon wurden im deutschen Zollgebiet 206 000 Doppelzentner erzeugt und 830 000 Doppelzentner im freien Verkehr eingeführt. Ausgeführt wurden 3441 Doppelzentner. — Die mit Tabak angebaute Fläche ist vermindert worden. Sie belief sich im Jahre 1913 nur noch auf 14 163 Hektar, während sie im Jahre 1873 noch 30 501 Hektar betragen hat. 1913 zählte man 86 953 Tabakpflanzler; im Jahre 1881 waren es noch 246 639. Im Jahre 1913 wurden 26 734 Tonnen Tabakblätter geerntet. Durchschnittlich kamen auf eine Hektar 18,2 Doppelzentner. Der Gelbertrag der Tabakernte stellte sich ohne die Steuer im Jahre 1913 auf 13 Millionen Mark. 1912 waren es noch 22 Millionen, 1911 noch 17 Millionen Mark. Ein Hektar trägt etwa 0,24 M. Gelbertrag ohne die Steuer.

Wer hat nunmehr Anspruch auf Altersrente?

Die erste Novelle zur Reichsversicherungsordnung, das „Gesetz betr. Renten in der Invalidenversicherung, vom 12. Juni 1916“, ist schon veröffentlicht worden. Das wesentlichste ist daran, wie schon bekannt, die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr. Die hiermit im Zusammenhang stehenden Einrichtungen sind aber nicht so einfach.

Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1916 ab. Daraus geht hervor, wie auch an anderer Stelle des Gesetzes ausdrücklich gesagt ist, daß die nach den neuen Vorschriften gewährten Renten frühestens mit dem 1. Januar d. J. beginnen. Wer z. B. jetzt 69 Jahre alt wird, bekommt also nicht etwa die Rente auf vier Jahre nachgezahlt, sondern erhält sie erst vom 1. Januar 1916 ab. Die Anträge sind beim zuständigen Versicherungsamt vorzubringen (in Städten mit über 10 000 Einwohnern der Magistrat, sonst das Landratsamt). Die Gemeindebehörden in Orten, von denen das Versicherungsamt schwer zu erreichen ist, sind verpflichtet, die Anträge aufzunehmen und zu vermitteln. Solche Anträge auf Altersrente, die schon einmal abgewiesen sind, müssen, wenn sie jetzt Aussicht haben, wiederholt werden. Nur wenn die Entscheidung darüber nach dem 31. Dezember 1915 ergangen ist, hat die Invaliden-Versicherungs-Anstalt ohne Antrag die Sache von selbst von neuem zu prüfen und die neuen Vorschriften anzuwenden.

Sehr verwickelt sind nach wie vor die Bestimmungen über die „Wartezeit“. Das neue Gesetz hält ebenfalls daran fest, daß zur Erlangung der Altersrente der Nachweis von 1200 Beitragswochen (30 Jahre zu je 40 Beitragswochen) notwendig ist. Es sind aber die Vergünstigungen, die seither schon der Artikel 65 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung enthielt, entsprechend der Herabsetzung der Altersgrenze abgeändert worden. Den Versicherten, die beim Inkrafttreten der Versicherungsordnung für ihren Berufszweig (in der Regel ist das die Einführung des Invalidenversicherungsgesetzes am 1. Januar 1891) das 35. Lebensjahr vollendet hatten, werden auf die Wartezeit für die Altersrente für jedes volle Jahr, das sie an diesem Tage älter als 35 Jahre waren, 40 Wochen und für den überschüssigen Teil eines solchen Jahres die darauf entfallenden Wochen bis zu 40 angerechnet. Wer also am 1. Januar 1891 das 40. Lebensjahr vollendete, dem werden (5 mal 40) 200 Beitragswochen angerechnet; er muß also, da er am 1. Januar 1916 das 65. Lebensjahr erreichte, (1200—200) 1000 Beitragswochen nachweisen. Wer im Jahre 1917 das 65. Lebensjahr vollendet, muß nach seinem Geburts-tag 1040 bis 1080 Beitragswochen nachweisen, u. s. w. Man kann daher auch sagen, daß für jedes Jahr, das die Versicherung in Kraft ist, der Versicherte 40 Beitragswochen nachweisen muß. Für einige wenige Berufs-zweige (Hausgewerbetreibende der Textil- und Tabakindustrie usw.) trat die Versicherung erst später in Kraft; sie brauchen entsprechend weniger Marken entrichtet zu haben. Wer diese Markenzahl nicht nachweisen kann (wobei Krankheits- und Militärdienstzeit eingerechnet werden), muß so lange leben, bis die Anzahl erreicht ist, aber nur für jede Woche eine Marke. Die Rente erhält er erst von dem Tage an, an dem die nötige Zahl Marken nachgewiesen wird, auch wenn er dabei erheblich älter als 65 Jahre wird.

Das sind alles noch große Härten; die gesetzgebenden Stellen lehnten aber ab, hier eine Besserung eintreten zu lassen.

Arbeiterhaushalt und Wirtschaftsorganisation.

Ein anderer Zweig von Eigenproduktion der organisierten Konsumenten verdrängt sich in den Betriebswerkstätten und Fabriken der zentralen Organe der Konsumgenossenschaften. Derartige Zentralorgane bestehen zweier Zentralverband Deutscher Konsumvereine, welcher diese organisatorisch zusammenfaßt,

und die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die, wie schon ihr Name sagt, den Einkauf im großen für die Konsumvereine besorgt. Beide haben Eigenproduktion, und zwar der Zentralverband eine Verlagsanstalt, hinter welchem verschiedenen Namen sich eine recht ansehnliche Drucker-, Papier- und Textfabrik verbergen, die auch das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ — das Organ der Konsumvereinsmitglieder —, sowie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ — ein Blatt zur Belehrung der Verwaltungsmitglieder —, ferner Kalender und Broschüren herausgibt, die außerdem auch die Konsummarken und sonstige Drucksachen herstellt und in normalen Zeiten einige hundert Personen beschäftigt. Man ersieht hieraus, daß die Verlagsanstalt ein recht respektables Unternehmen ist, auf welches jeiner Ausdehnung und inneren Ausgestaltung wegen die Konsumgenossenschaften stolz sein können.

Die Großeinkaufsgesellschaft betreibt bereits Eigenproduktion verschiedener Art, sie hat im Jahre 1910 eine Seifenfabrik großen Stils in Gröba (Sachsen) erbaut, die aber nach kurzer Zeit nicht mehr die sich ständig mehrenden Aufträge erledigen konnte, so daß einige Jahre später eine zweite Seifenfabrik in Düsseldorf errichtet wurde, welche die westlichen und süddeutschen Vereine mit Seife versorgen sollte. Inzwischen erwarb die Großeinkaufsgesellschaft die Fabriken der während des großen Tabakarbeiterstreiks entstandenen „Tabakarbeiter-Genossenschaft“, baute sie aus, modernisierte sie, errichtete zum Teil neue Fabrikgebäude, und der Umsatz in Tabak und Zigarren ging von der Zeit an ganz gewaltig in die Höhe. Ebenfalls durch Kauf wurde die Fabrik der „Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft“ erworben, sodann eine Streichholzfabrik, während kurz vor Ausbruch des Krieges eine Fabrik für Teigwaren fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde.

An sich treten bei der zentralen Eigenproduktion natürlich dieselben Vorteile für die Mitglieder in Erscheinung wie bei dem Bezug von Produkten der eigenen Genossenschaft. Ihr allgemeiner wirtschaftlicher Einfluß erschöpft sich aber dadurch absolut nicht, er zieht weitere Kreise. Die Tabakverarbeitung beispielsweise geht im ganzen Deutschen Reich zum allergrößten Teil in Heimarbeit vor sich. Heimarbeit ist aber gleichbedeutend mit ungeheurer Ausbeutung der Arbeitskraft nicht bloß der erwachsenen Arbeiter, sondern auch vor allem der Frauen und Kinder. Heimarbeit im Tabakgewerbe ist doppelte Ausbeutung, weil die Verarbeitung des Tabaks durch seinen Nikotingehalt, durch Dämpfe und Ausblühtungen, durch Staub und Schmutz die Luft in den unzulänglichen Arbeitsräumen der Heimarbeiter vergiftet und die Heimarbeit nicht nur die Arbeitskraft des Heimarbeiters erfordert, sondern dazu die Gesundheit der gesamten Heimarbeiterfamilie untergräbt. Ist es also schon unbedingt ein Fortschritt, die Verarbeitung des Tabaks aus dem Arbeiterheim heraus in die mit Gesundheitschutzvorrichtungen versehene Fabrik zu verlegen, so liegt für den Tabakkonsumenten jedenfalls eine besondere Befriedigung in dem Bewußtsein, daß seine Zigarre in der dazu besonders eingerichteten Fabrik hergestellt ist. Die Herstellung dort setzt nicht nur eine größere Sauberkeit voraus, weil ja der Arbeiter sich während der Arbeitszeit mit keinen anderen Materialien zu befassen hat, als mit dem Tabak und was dazu gehört. Der Konsument kann diese hygienisch einwandfrei hergestellte Zigarre jedenfalls mit größerem Genuß rauchen, als wenn er befürchten muß, daß ihr womöglich Krankheitskeime anhaften, die ja unvermeidlich sind, wenn ein Familienmitglied des Heimarbeiters an irgendeiner ansteckenden Krankheit leidet. Es kommen aber weiter die Arbeitsverhältnisse und Löhne der Angestellten in Betracht die ja in den Genossenschaftsbetrieben ohne weiteres bessere sind als in der Heimindustrie, die aber auch ebenso wie bei der lokalen Eigenproduktion für private Fabriken muntergütig sind. In den Seifenfabriken der Großeinkaufsgesellschaft zum Beispiel sind die Löhne durchweg höher, die Arbeitszeit kürzer als in Privatfabriken — von denen übrigens keine einzige solche Riesenbetriebe aufweisen kann, wie die Großeinkaufsgesellschaft —, der anderen Vergünstigungen nicht zu denken, die sich ja zum größten Teil mit denen der Betriebe der einzelnen Konsumgenossenschaften decken. Nun muß man sich aber vorstellen, daß nicht nur die in den Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten den Vorteil günstiger Arbeitsbedingungen haben, das Musterbeispiel wirkt indirekt auch für die übrigen Berufsgenossen, denn die in Betracht kommenden Gewerkschaftsvorstände können bei Lohnbewegungen immer mit dem Genossenschaftsbetrieb als guter Vorlage aufwarten. Die beliebte Ausflucht der Unternehmer, ihr Betrieb könnte nicht mehr bestehen, wenn die geforderte Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung durchgeführt würde, kann aus dem Felde geschlagen werden, wenn die Gewerkschaftsführer auf eine Genossenschaftsfabrik des gleichen Berufes hinweisen können, welche trotz höherer Löhne, trotz kürzerer Arbeitszeit, trotz bezahlter Ferien und anderer Vergünstigungen der Arbeiter gut besteht und sogar ihren Überschuß wieder der Allgemeinheit dienstbar macht. Und diesen tiefen moralischen Einfluß auf die Arbeiterschaft dürfen wir nicht gering einschätzen, wird er doch sogar häufig in den Berichten der Fabrikinspektoren lobend anerkannt und die Einrichtungen der Genossenschaftsfabrik zur Nachahmung empfohlen. Wir Arbeiterfrauen brauchen uns aber die Vorbildlichkeit unserer eigenen Betriebe nicht erst von dritter Seite empfehlen lassen, wir kennen sie und halten sie für eine Selbstverständlichkeit, wir können uns weiter von Güte und Preiswürdigkeit der Eigenprodukte sehr leicht überzeugen und durch regen Gebrauch dieser ohne jeden Kampf und ohne sonstige Aufwendungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen großer Arbeiterkreise mitwirken. Und da dies ja doch das Bestreben unserer gesamten Arbeiterbewegung ist, so erwächst uns Arbeiterinnen hier die so leicht zu erfüllende Pflicht, im eigenen Wirkungskreis zu unserem Teil mitzuwirken am Aufbau unserer Zukunft. Gertrud Sobahl (in „Gewerkschaft. Frauenz.“)

Halt mit der Sozialpolitik.

Die vielgerühmte Neuorientierung ist ein Schlagwort, dem jeder, der es benutzt, einen anderen Sinn unterlegt. Die Arbeiter erwarten von der ihnen in Aussicht gestellten Neuorientierung nach dem Kriege eine größere Bewegungsfreiheit. Die Lösung ihrer Fesseln soll sie in den Stand setzen, den Kampf um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage mit größerer Aussicht auf Erfolg zu führen. Die Neuorientierung muß, wenn sie einen Sinn haben soll, eine kräftige Fortführung der Sozialpolitik in sich begreifen. Das alles ist aber Zukunftsmusik. Das Maß der Erfüllung wird sehr wesentlich von der Kraft abhängen, mit welcher die Arbeiter ihre Forderungen vertreten. Je stärker die Arbeiterorganisationen sind, desto vollkommener wird die Neuorientierung ausfallen. Sie wird aber wie ein Traum zerfließen, wenn die Arbeiterschaft zur gegebenen Zeit außerstande ist, ihren Wünschen den erforderlichen Nachdruck zu geben.

Die Thimmeshagen Sammelwerke und ähnliche Publikationen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß einflußreiche Kräfte am Werke sind, die jedem Fortschritt entgegenwirken. Einer der lautesten Rufer im Streite ist die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, die jede Gelegenheit wahrnimmt, um gegen eine Neuorientierung der inneren Politik und gegen die Verbesserung der Lage der Arbeiter Stimmung zu machen. In ihrer neuesten Nummer vom 30. Juni variiert sie das Thema von der gefüllten Kompottschüssel. Die sozialpolitische Gesetzgebung darf nach dem Kriege nicht fortgesetzt werden. Diesen Gedanken hat das Organ für die Wahrnehmung der Unternehmerinteressen schon immer vertreten und es bereitet ihm eine ganz besondere Genugtuung, sich für diese Auffassung auf einen freisinnigen Politiker, den Reichstagsabgeordneten Dr. Doormann, berufen zu können, der in einem Aufsatz im „Hamburger Fremdenblatt“ in Sachen der Sozialpolitik zur Vorsicht und Besinnung mahnt, und dafür von der „Arbeitgeber-Zeitung“ als verständiger Politiker gefeiert wird.

Wenn seine Ansichten richtig wiedergegeben werden, dann warnt Doormann vor jeder Ueber-eilung und Ueber-treibung in der Sozialpolitik. Für die nationale Wohlfahrt könnten die schwersten Schädigungen entstehen, wenn man wieder einmal tiefenschnellende Gesetze schaffen wollte, bevor die ganze Sachlage bis auf den letzten Grund durchforscht und erkannt ist. So etwas ist natürlich den Scharfmachern aus dem Herzen gesprochen. Erwägungen waren bisher schon ein bewährtes Mittel, die Erfüllung berechtigter Forderungen auf die lange Bank zu schieben. Wird auch die Sozialpolitik verfast, bis „die ganze Sachlage bis auf den letzten Grund durchforscht und erkannt ist“, dann bedeutet das praktisch eine Vertagung bis zum St. Nimmerleinstag.

Herr Doormann hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Sozialpolitik das Stadium, in dem es sich allein um die Lage der Lohnarbeiter gehandelt habe, nunmehr überwunden hätte, und die Interessen des ganzen Volkes im Auge behalten muß. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ spinnt diesen Faden gleich weiter und führt aus, daß sich die Verhältnisse so gründlich geändert hätten, daß nicht mehr die Lohnarbeiter in erster Linie einer sozialpolitischen Fürsorge bedürfen. Das ist nur eine Umschreibung des gefülltesten Wortes von der gefüllten Kompottschüssel. Die künftige Sozialpolitik muß sich zur Richtschnur nehmen, daß sie „auch diejenigen unterstützen oder doch sorgsam vor jeder Schädigung bewahren muß, durch deren Wirken und Schaffen die eigentlichen Quellen des Volkswohlstandes, des wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes erschlossen werden“. Welche Kreise damit gemeint sind, verrät die „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht. Da sie aber diese Fürsorgebedürftigen im Gegensatz zu den Arbeitern bringt, die keiner weiteren sozialpolitischen Fürsorge bedürfen, so meint sie damit offenbar — die anderen.

Ein sehr wichtiges Argument gegen die Sozialpolitik ist, daß sie Geld kostet. „Es gibt keinen sozialpolitischen Fortschritt, der nicht entweder positive Aufwendungen erfordert, oder negativ wenigstens vorübergehend Ausfälle bringt.“ Da nach dem Kriege an die Kapitalkraft des deutschen Volkes und vornehmlich des deutschen Unternehmertums ganz gewaltige Anforderungen gestellt werden müssen, ist es nur logisch, wenn auf alle Aufwendungen zur Fortführung der Sozialpolitik verzichtet wird. Die ungeteilte Anerkennung der „Arbeitgeber-Zeitung“ hat sich Herr Doormann allerdings nicht erworben. Er empfiehlt nämlich als ein Mittel zur rationellen Ausnutzung der Arbeitskraft die Verkürzung allzulanger Arbeitszeit. Da macht die brave „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht mit, und sie warnt eindringlich, den Rat zu hören, der den Staats- und Gemeindebehörden eine eifrige sozialpolitische Bekämpfung empfiehlt. Aus Rücksicht auf die privaten Unternehmer müsse auch hier Zurückhaltung geübt werden. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schließt ihre Betrachtungen mit Worten warmer Anerkennung für die „nationalen und wirtschaftlichen Arbeiterverbände“, die den Bestrebungen der Unternehmer für die Rückwärtsbewegung der Sozialpolitik so großes Verständnis entgegenbringen.

Den Selben geschieht es ganz recht, wenn sie so gelobt werden. Für die Arbeiter aber, denen das Wohl ihrer Klassenossen am Herzen liegt, bedeuten die Gedanken der „Arbeitgeber-Zeitung“ über die künftige Gestaltung der Sozialpolitik eine ernste Warnung. Es sind einflußreiche Kreise, die in jedem beschriebenen Fortschritt eine Gefahr für ihre Vorrechte erblicken. Und wie mit der Sozialpolitik, so steht es mit allen Fragen der inneren Politik. Wenn wir die Widerstände überwinden und eine Neuorientierung durchführen wollen, dann müssen wir unsere Organisationen auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit erhalten. Die Uneinigkeit der Arbeiter bedeutet den Triumph ihrer Feinde.

Kollegen, agitiert für den Verband!

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6040. Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 68/60 II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Selbst-Einschreib- und Wertleistungen nur an W. Kiebert, Bremen, Faulenstraße 68/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krahn, Bremen, Faulenstraße 68/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Kienbohl, Bremen, Faulenstraße 68/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an E. Schone, Hamburg, Belandstraße 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge):

- 30. Juli: Braze B. 65,—, Neufals B. 70,—, 31. Juli: Hannover B. 500,—, Warther B. 100,—, Elshausen B. 100,—, Schmolln B. 200,—, Baltheim B. 300,—, Sprottau B. 97,—, Girschberg B. 50,—, Freiberg B. 350,—, Eiftrin B. 20,—, 1. August: Werden B. 400,—, Hamburg B. 2000,—, Hünde B. 160,—, Dresden B. 200,—, Mannheim B. 125,—, Senftenberg B. 30,—, Wapungen B. 42,—, Dresden B. 1003,—, 2. August: Dessau B. 60,—, 3. August: Venzinghausen B. 20,—, Wiesbaden B. 15,—, 4. August: Büchsenmännern B. 57,18, Frankfurt a. M. B. 100,—, Danabrad B. 150,—, 5. August: Hamburg B. 166,—.

Gestorben:

Gefallen am 12. Juli der Zigarrenarbeiter Max Horutz aus Langenbieten (Bahlstelle Deberan).
Gefallen am 20. Juli der Kistenbelleber Gustav Nissen aus Hamburg, 39 Jahre alt (Bahlstelle Hamburg-Altona).
Gefallen ist der Zigarrenarbeiter Wilhelm Bohne aus Goslar, 59 Jahre alt (Bahlstelle Hamburg-Altona).
Gefallen am 25. Juli der Sortierer Hermann Pflüchtenberg aus Demgo, 20 Jahre alt (Bahlstelle Demgo).
Gefallen am 26. Juli der Sortierer Arthur Müsch aus Baltheim, 28 Jahre (Bahlstelle Baltheim).
Gefallen ist der Tabakarbeiter Gustav Lindemann aus Cunnersdorf, 34 Jahre alt (Bahlstelle Dresden).
Gefallen ist der Zigarrenarbeiter Arthur Kahle aus Dresden, 20 Jahre alt (Bahlstelle Dresden).
Gefallen ist der Zigarrenarbeiter Friedrich Wobst aus Dresden, 33 Jahre alt (Bahlstelle Dresden).
Am 28. Juli starb zu Hamburg der Zigarrenarbeiter Friedrich Jappun aus Gerarobe, 59 Jahre alt.
Am 4. August starb zu Derlinghausen der Zigarrenarbeiter Heinrich Pflütes aus Derlinghausen, 63 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Uhrrechnungen vom 2. Quartal gingen ein bis 8. August: 3. Gau Nordhausen: Plaue. 4. Gau Verford: Osabrück, Oberhausen. 5. Gau Frankfurt a. M.: Frankfurt a. M. 7. Gau Offenburg: Offenburg, Emmenbingen. 8. Gau Karlsruhe: Zuffenhausen. 9. Gau Erfurt: Berga, Coburg. 10. Gau Dresden: Dretzig. 11. Gau Breslau: Wohlan. 12. Gau Berlin: Driesen, Finsterwalde.

Adressen-Änderungen.

Gannover (2). 2. Dev. Adolf Grethe, Linden, Nebdenfeldstr. 16. Friedberg (12). 2. Dev. Herm. Wob, Nord-Umstraße 44.



Eckstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusifrei
ECKSTEIN'SÖHNE, DRESDEN

Grösstes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth-Muster etc.

Amerikanische
und
Deutsche
Tabake

Großes Lager
Preiswerte
Angebote

Hengfoß & Maak
Altona-Ottensen

Sumatra-Decke, 2. Lage, 5.60, 6.20 bis 10.— M.
Borneo-Decke, pr. Pfd. 4.40 bis 8.50 M.
B. B. M., 1. Lg., ganz hell pr. Pfd. 6.— M.
Brasil-Decke pr. Pfd. 5.— u. 6.— M.
Mexiko-Decke pr. Pfd. 6.— M.
Brasil, gr. geb. Zabal pr. Pfd. 4.50 bis 4.80 M.
Java-Umblatt pr. Pfd. 4.— bis 4.80 M.
Java-Einlage u. Umblatt pr. Pfd. 3.40 bis 3.80 M.
Domingo-Umblatt pr. Pfd. 4.50 M.
Losaq, rein überreich pr. Pfd. 3.4 M.
Gescha., rein überreich pr. Pfd. 3.— M.
Havana-Einlage u. Umblatt pr. Pfd. 5.80 bis 6.50 M.
Havana-Decke pr. Pfd. 8.— bis 15.— M.

Leon Weil, Speyer
Karl Rohtabake

Solange Vorrat offeriere ich:
1a Einlagemischung (unentrippt) nur garantiert gesundes reifes Zigarrenmaterial, viel Umblatt enthaltend, a) für Preislagen bis 90 M. Vorstenlanden, Domingo, Bühleraler 3.50 M. verzollt per 1/2 Kilo, b) für Preislagen bis 120 M. mit Sanct Felix Habana 4.50 M. verzollt per 1/2 Kilo.
Einlagen können nur bei gleichzeitiger Beorderung der entsprechenden Umblätter und Decker abgegeben werden.
Unserem Kollegen Emil Störzel aus Freiberg zu seinem am 7. August 1916 stattgefundenen 25 jährigen Verbands-Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Bahlstelle Leipzig.

Carl Roland
Berlin SO 26
Kottbuserstrasse 4.

Sumatra-Decke, Vollblatt, 2. Lg., helle Farben, tabelloser Brand pr. Pfd. 5.40, 5.80 M.
Bezoeki-Decke G. B. M., 1. Lg., ganz hell pr. Pfd. 8.— M.
Mexiko-Decke 1a pr. Pfd. 5.50 M.
Havana-Einlage 1a pr. Pfd. 5.50 M.
Java-Einlage pr. Pfd. 2.80 u. 2.90 M.
Java-Einlage mit Umblatt pr. Pfd. 3.20 M.
Java-Umblatt, gr. leicht und ergiebig pr. Pfd. 5.50 M.

Kein
Tabak-Arbeiter
unorganisiert sein!

Stiefelsohlen das Paar **1.25 Mk.** nur

Ein seltenes Angebot! Absolut wasserdicht, elastisch, sehr haltbar, zum einfachen und schnellen Selbstauswechseln. Tausende im Gebrauch. Zahlreiche Anerkennungen bestätigen dies. Bei Bestellung einer ganzen Platte (ausreichend für 6 Paar große Sohlen, kleinere mehr) nur 5 Mark. Versand durch Nachnahme. Bei 1 Paar nur gegen vorherige Einzahlung (Briefmarken).

Berliner Versandhaus L. Dukelsky, Berlin O 34, Abt. 52.

Hugo Müller, Rohtabak
Bremen, Bornstraße 38.

Brasil-Decker, blütenweißer Brand 6.— u. 6.50 M., Vorstenland-Decker, Brasil-Erfas 5.20 u. 5.80 M., Java-Umblatt, leicht, hochfein 4.80 M., Sumatra-Umblatt, hochfein, leicht 5.— u. 5.50 M., Losagut, gesund, blattig 3.— M. per 1/2 kg. Preise verzollt, inkl. neuer Zoll, gegen Nachnahme.

Briefkasten.
Leipzig 80 Pfg.

Gelesene
Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Meister

mit den nötigen Kenntnissen der Maschinen, der Tabakverarbeitung und der Fermentation.

Offert. u. N. 15 b. Exp. d. Blattes.

Druckfachen
Hefest
J. H. Schmalstedt & Co.

Neue Einkäufe:

Vorstenlanden-Decken, Umblätter und Einlagen
in der Einschreibung vom 18. Juli

Bezoeki-Umblätter und Aufarbeiter
in der Einschreibung vom 28. Juli

Sumatra-Decken
in der Einschreibung vom 14. Juli

Neue Sumatra-Angebote aus meinem verzollten Lager:

Sumatra-Sandblatt:
Edelste Tabake mit idealen Farben.

No. 3433. Vollbl., 2. Lg., graufahl Mk. 9.—
" 3434. " 3. " " " 8.—
" 3479. " 4. " " " 5.25
" 3436. Lochbl., 2. " hellfahl " 6.50
" 3480. " 3. " " " 5.20
" 3481. " 4. " Sortiertabak " 4.50

Sumatra-Mittelblatt:
Festblattige Marken für billigeres Fabrikat.

No. 3489. Vollbl., 2. Lg. Mk. 6.20
" 3490. " 3. " " 5.50
" 3454. Lochbl., 2. " " 5.20

Sumatra-Pflückblatt:
Ganz ungewöhnlich edle, zarte, fahle Tabake.

No. 3439. Vollbl., 1. Lg., hellfahl Mk. 10.—
" 3440. " 2. " " " 9.—
" 3441. " 3. " " " 8.—
" 3442. " 1. " lebhaft hell " 8.50
" 3482. " 2. " " " 8.25
" 3483. " 3. " " " 7.75
" 3445. Lochbl., 1. " hellfahl u. hell " 7.50
" 3484. " 2. " " " 7.—
" 3485. " 3. " " " 6.—

Preise verstehen sich einschließlic Zollerhöhung.

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabriken

Besondere Lieferungen: G. Kienbohl, Verlag Deutscher Tabakarbeiter-Verband, G. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. H. Schmalstedt u. Co., sämtlich in Bremen.